

Beides ist zwar insgesamt nicht gelungen, aber teilweise dürften doch auch katholische Wähler angezogen worden sein. Osorno ist innerhalb der generell eher konservativen freikirchlichen Bewegung ein Einzelgänger und neigte zur Unterstützung des Sandinismo. Nach der Wahl distanzieren sich die drei protestantischen Kirchenverbände CEPAD, CIEEPS und CNPE von seinen politischen Aspirationen und sprachen von einer „Einzelinitiative ohne unsere offizielle Billigung und Unterstützung“. CCN wird aber auf absehbare Zeit eine – vielleicht unverdiente – parlamentarische Rolle als Zünglein an der Waage spielen können.

Nach der langen Periode des ausgehandelten Übergangsprozesses hatte der höchst komplexe Wahlvorgang vom Oktober 1996 den Stellenwert einer Entscheidungswahl, die die künftige politische Entwicklung Nicaraguas nachhaltig bestimmen wird. Sowohl die inländische Vorwahldebatte als auch die internationale Gemeinschaft (durch ihr starkes Engagement) haben dieser besonderen Situation Rechnung getragen.

Die künftige innenpolitische Entwicklung wird zunächst von der Frage der Regierungsfähigkeit der neuen Staatsführung bestimmt werden. Die Stellung des Parlaments gegenüber dem Staatspräsidenten ist im Vergleich zur abgelaufenen Amtsperiode weiter gestärkt worden (zahlreiche Gesetzesvorhaben bedingen neuerdings qualifizierte Mehrheitsentscheidungen). Die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses verleiht der Regierungspartei AL (mit 42 von 93 Mandaten) keine eigene Mehrheit (45 Prozent gegenüber knapp 39 Prozent der Mandate für FSLN), so daß den noch mit einzelnen Abgeordneten im Parlament vertretenen Kleinparteien die Rolle von Koalitionspartnern oder umworbenen Vermittlern zufallen wird.

Nach ersten Erkenntnissen wird FSLN die starke Oppositionsstellung vermutlich durch die vier Abgeordneten des Camino Cristiano Nicaragüense und in zahlreichen Fallsituationen auch durch den Abgeordneten des MRS und einzelne

der drei Abgeordneten des Partido Conservador (PCN) anreichern, also maximal 45 Abgeordnete hinter sich bringen können. Alianza Liberal wird dagegen in den meisten Fällen auf die Stimmen der sechs übrigen Einzelmandate (also maximal 48 Sitze) zählen können.

Daß die innenpolitische Auseinandersetzung sich künftig voll auf die Abstimmungsverhältnisse im Parlament konzentrieren wird, zeigte zur Zeit des Amtsantritts der neuen Regierung (Januar 1997) bereits der erste Verfassungskonflikt. Dabei ging es um die Gültigkeit der in letzter Minute vom alten Parlament mit FSLN-Mehrheiten verabschiedeten Gesetze. Die liberale Regierung hat diese Hürde genommen, und immerhin hat die sandinistische Fraktion in der neuen Asamblea – wo sie allerdings nicht mehr über eine Blockade-Mehrheit verfügt – ihre Drohung nicht verwirklicht, den Beschluß des Haushaltsgesetzes zu torpedieren und so die neue Regierung handlungsunfähig zu machen.

Grundsätzlich aber wird der Spielraum der neuen Regierung abhängig bleiben von der Motivationslage der Wählerschaft, die das Wahlergebnis bestimmt hatte. Dieses war nicht in erster Linie ein Bekenntnis zum Kandidaten Alemán, sondern stand unter dem Eindruck einer Angst-Wahl („voto del miedo“) gegen die Wiederkehr einer sandinistischen Staatsführung. Daher war auch die Allianz-Koalition von Anfang an ein lockeres Interessen- und Zweckbündnis unter dem gemeinsamen Nenner des *Antisandinismus*. Sie setzt sich aus sechs recht unterschiedlichen Einzelparteien und zahlreichen parteiunabhängigen Technokraten zusammen, deren individuelle Interessenlage jederzeit Schwächezeichen bei der Durchsetzung der eigenen Vorhaben im Parlament auslösen können.

Nicaragua hat 1996 einen „Verlust der Mitte“ erlitten, der zumindest aufgeräumt hat mit der Vielzahl personalistischer Miniparteien. Trotz der dadurch entstandenen formalen Konsolidierung der beiden größten politischen Lager ist aber ein gleichgewichtiges und funktionsfähiges Zweiparteiensystem noch nicht in Sicht.

Ulrich Fanger

Kurzinformationen

Bischöfe verabschieden Sozialwort der Kirchen

Die Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, die vom 17. bis zum 20. Februar in Mallersdorf (Bistum Regensburg) stattfand, stand ganz im Zeichen der Verabschiedung des Gemeinsamen Wortes der beiden großen Kirchen in Deutschland „Zur

wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ (vgl. ds. Heft, 177). Zu den weiteren Beratungsthemen der Vollversammlung gehörte das Vorgehen in der Frage der Arbeitsweise der kirchlichen Beratungsstellen in der Schwangerschaftskonfliktberatung. Der Konferenzvorsitzende, Bischof *Karl Lehmann*, betonte im Anschluß an die Vollversammlung, bei den Beratungen sei deutlich geworden, daß die kirchli-

che Beratung für schwangere Frauen in Konfliktsituationen eine Hilfe leiste, die von „Beratungsstellen anderer Träger in keiner Weise ersetzt werden“ könne. Ein erheblicher Anteil von Frauen, die zunächst eine Abtreibung in Erwägung zögen, nahmen nach der Beratung hiervon Abstand. Z. T. verzichteten sie auf die Beratungsbescheinigung. Bischof Lehmann hob hervor, man habe das ethische Dilemma der

kirchlichen Mitwirkung im staatlichen System diskutiert, „ohne grundsätzlich zu anderen oder neuen Erkenntnissen zu kommen“ als bei früheren Gelegenheiten. Er gab deutlich zu erkennen, daß er sich den Verbleib im staatlichen System wünscht. Bischof Lehmann distanzierte sich von der „verletzenden Schärfe“, die die Auseinandersetzung über Sinn und Struktur der kirchlichen Beratungsstellen nicht selten erreicht habe. Im Frühjahr wird eine Kommission der Bischofskonferenz in Rom Gespräche zu diesem Thema mit der Glaubenskongregation führen. Das Bistum Fulda ist weiterhin die einzige deutsche Diözese, deren Beratungsstellen nicht im staatlichen System arbeiten. Die Vollversammlung stimmte einer gemeinsam mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland geplanten Erklärung zu „Chancen und Risiken der Mediengesellschaft“ grundsätzlich zu. Auf einem halben Studientag befaßten sich die Bischöfe mit Analyse und Bewertung der Entwicklung auf dem Gebiet von Ehe und Familie. Der Bielefelder Soziologe *Franz-Xaver Kaufmann* wies auf die geschichtlichen Bedingungen konkreter Ausprägungen von Rollenmustern in der Ehe in. In den Strukturen und Werten der modernen Gesellschaft seien mehr Anknüpfungspunkte für das kirchliche Verständnis von Ehe und Familie zu finden, als häufig wahrgenommen. Auch der Freiburger Moraltheologe *Eberhard Schockenhoff* plädierte für eine differenzierte Wahrnehmung der Wirklichkeit anstelle pauschaler Verurteilungen. Bereits vor der Vollversammlung war bekannt geworden, daß die Bischofskonferenz eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Fuldaer Weihbischofs *Johannes Kapp* eingesetzt hat, die sich mit dem Thema Homosexualität bei Priestern bzw. Priesteramtskandidaten befassen soll.

P

päpstlicher Eingriff in italienischen Medienorden

Johannes Paul II. ernannte am 11. Februar einen „Päpstlichen Delegaten“ für die aus Italien stammende und vor

allem auch dort beheimatete Ordensgemeinschaft der Pauliner („Società S. Paolo“). Hintergrund dieser ungewöhnlichen Maßnahme (sie wurde vom jetzigen Papst bisher nur bei den Jesuiten im Jahr 1981 angewandt) sind zum einen *Auseinandersetzungen innerhalb der Ordensgemeinschaft*, nicht zuletzt zwischen dem Generaloberen und dem italienischen Provinzialoberen, zum anderen *Äußerungen zu sexualethischen Themen* in „Famiglia Cristiana“, der von den Paulinern herausgegebenen auflagenstärksten katholischen Wochenzeitschrift nicht nur Italiens, sondern der Welt. „Famiglia Cristiana“ erscheint in einer Auflage von ca. 1,1 Millionen und wird vor allem über die Pfarreien vertrieben. Außer ihrem „Flaggschiff“ veröffentlichten die Pauliner, ein ausgesprochener Medienorden, in Italien u. a. die Monatszeitschrift „Jesus“ sowie verschiedene theologisch-pastorale Fachzeitschriften (etwa „Vita pastorale“). Zu seinem Delegaten für die Pauliner ernannte Johannes Paul II. den Bischof von Porto-Santa Rufina (eines der Rom benachbarten „suburbikarischen“ Bistümer), *Antonio Buoncristiani*. Bischof Buoncristiani wurden vom Papst Funktionen übertragen, die normalerweise dem Generaloberen wie dem Oberen der italienischen Provinz zukommen, einschließlich der Aufsicht über die ordenseigenen Publikationen. Er soll auch das nächste Generalkapitel der Pauliner vorbereiten, das für April 1998 vorgesehen ist. Der Ernennung des Delegaten, die in Italien wie eine Bombe einschlug und in den Medien heftig kommentiert wurde, ging im letzten Jahr Kritik der Kardinäle *Ratzinger* und *Ruini* an Artikeln in „Famiglia Cristiana“ z. B. zur Homosexualität voraus. Der Chef der Pauliner-Zeitschriften, P. *Pietro Campus*, hatte es abgelehnt, von Kardinal Ratzinger geforderte Richtigstellungen zu den umstrittenen Beiträgen zu veröffentlichen. Die internen Auseinandersetzungen im Orden dauern schon mehr als zwei Jahre und betreffen nicht zuletzt auch Fragen der Unternehmensführung. Eine ad-hoc-Kommission unter Leitung des Präfek-

ten der vatikanischen Ordenskongregation, Kardinal *Martinez Somalo*, hat sich schon mit diesem Problem befaßt und zusammen mit Verantwortlichen aus dem Orden nach einer Lösung gesucht.

D

ie neueste Statistik der EKD

Die neueste Statistik der Evangelischen Kirche in Deutschland umfaßt die Jahre 1993 und 1994 (Statistische Beilage Nr. 91 zum Amtsblatt der EKD vom 15.2.97). Ende 1994 hatten die EKD-Gliedkirchen demnach 28,2 Millionen Mitglieder, wovon knapp 3,6 Millionen auf die neuen Bundesländer entfielen. *Kirchenausstritte* wurden 1884 insgesamt 290 302 registriert, davon 58 148 in den östlichen Gliedkirchen (die Vergleichszahlen für 1993: 284 699 Austritte, davon 85 176 in den östlichen Gliedkirchen). 1993 wie 1994 wurden jeweils etwa 55 000 Personen in die evangelische Kirche aufgenommen („Aufnahmen, Übertritte und Wiederaufnahmen“), davon jeweils ein Fünftel in den neuen Bundesländern. Von den 287 812 *Taufen*, die 1994 in den EKD-Gliedkirchen gespendet wurden, waren 22 671 Taufen von Erwachsenen, davon knapp die Hälfte Konfirmanden. Bei den Kindertaufen liegt in den östlichen Gliedkirchen der Anteil der „Spätaufnahmen“ (nach vollendetem erstem bis zum vollendeten 14. Lebensjahr) sehr hoch: Im Schnitt waren es knapp die Hälfte, in den westlichen Gliedkirchen nur 15 Prozent (bei Spitzenwerten von 34,5 Prozent in Westberlin und 29 Prozent in Bremen). Nach wie vor werden in den westlichen Gliedkirchen nahezu alle Kinder evangelischer Elternpaare getauft; bei katholisch-evangelischen Paaren kamen 1994 auf 100 Geburten 59 Taufen in der evangelischen Kirche. In den westlichen Gliedkirchen wurden auch 1994 praktisch alle evangelischen Jugendlichen eines Jahrgangs konfirmiert. Von den insgesamt 256 000 Konfirmationen im Jahr 1994 entfielen 12,5 Prozent auf die östlichen